V6 Der Tierschutzplan war erst der Anfang - keine Massentierhaltung in Brandenburg

Antragsteller*in: Silvia Bender
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge Verschiedenes

Mit der Haltung von Nutztieren ist eine große ethische Verantwortung verbunden. Die durchrationalisierte Haltung in Tierfabriken ohne angemessene Rücksicht auf körperliche und seelische Grundbedürfnisse, nach Bewegung, Auslauf an der frischen Luft, Kontakt mit dem Muttertier, Streu etc. kann dieser Verantwortung aus unserer Sicht nicht gerecht werden. Deshalb setzen wir uns seit Langem für ein Ende der Massentierhaltung in Brandenburg ein. Dabei ringen wir vor allem mit der SPD, die unter Agrarminister Jörg Vogelsänger den Ausbau industrieller Tierhaltung gezielt vorantreibt.

An unserer Seite wissen wir dagegen viele Brandenburgerinnen und Brandenburger, über 100.000 hatten 2016 ihre Stimme für das „Volksbegehren gegen Massentierhaltung“ abgegeben. Auch wegen der hohen Hürden der Volksgesetzgebung in Brandenburg hat das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg nach intensiven Verhandlungen einen Kompromiss mit der Landesregierung geschlossen. Dieser wurde im April 2016 vom Landtag angenommen. Seither drängen das Aktionsbündnis außerparlamentarisch und die bündnisgrüne Fraktion im Landtag auf konsequente Umsetzung des Kompromisses.

Zwei Jahre später fällt die Zwischenbilanz gemischt aus:

- der Agrarminister unterstützt weiterhin unverdrossen die Agrarindustrie. Die Zahl der industriellen Tierplätze ist seit 2013 ununterbrochen gewachsen, die Ausbaupläne der Geflügelschlachthöfe in Königs Wusterhausen oder Storkow treiben dies noch voran

- bis heute sind nicht einmal alle Forderungen des Kompromisses umgesetzt. Bauministerin Kathrin Schneider etwa weigert sich, mehr Mitsprache für die Kommunen bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen auch nur zu prüfen.

- ein hauptamtlicher Tierschutzbeauftragter wurde eingesetzt, schweigt bisher aber öffentlich zu den immer wiederkehrenden Skandalen

- bei der Förderpolitik gab es nur minimale Verbesserungen, noch immer ist die Förderung riesiger Ställe mit öffentlichen Geldern möglich.

Das Kernstück des Kompromisses, der Tierschutzplan, wurde im Dezember 2017 vorgelegt. Dem gingen eine ganze Reihe von Blockade- und Verzögerungsmanövern der SPD sowie intensive Verhandlungen zwischen dem Aktionsbündnis und der Industrie voraus. Auch wenn wir den Tierschutzplan als Kompromiss des Kompromisses kritisch sehen – unser Dank und Respekt geht an alle, die hinter verschlossen Türen und gegen den Willen des SPD-Agrarministers für mehr Tier- und Umweltschutz verhandelt haben.

Der nun vorgelegte Tierschutzplan enthält eine Vielzahl unterschiedlich konkreter Empfehlungen. Besonders mangelhaft ist er beim Schutz der Tiere mit den geringsten Haltungsstandards, den Puten. Das von uns geforderte Kupierverbot von Geflügelschnäbeln und Schweineschwänzen ist in schwacher Form enthalten.

Eine deutliche Verbesserung der konventionellen Tierha1tung können dagegen die von uns geforderten und nun im Tierschutzplan auch enthaltenen „Demonstrationsbetriebe“ bringen. Insgesamt würde die konsequente Umsetzung dieses Tierschutzplans die Haltung für Millionen von Tieren deutlich verbessern - wir werden daher bei aller Kritik auf eine solche Umsetzung drängen.

Zugleich ist für uns klar: Der Tierschutzplan ist nur der Anfang. Auch wenn nicht alles in Brandenburg entschieden werden kann: Das was geht, wollen wir tun, um dem Ausbau der Massentierhaltung endlich zu stoppen. Dazu gehört:

1. die Umsetzung der offenen Punkte aus dem Kompromiss zum Volksbegehren, etwa zum Baurecht oder zur Düngung

2. die Einführung von Mitwirkungs- und Klagerechten für Tierschutzverbände (Verbandsklagerecht)

3. die Aufstockung des Personals in den Genehmigungsbehörden

4. die Stärkung des Brandschutzes in Tierställen, damit auch in der Rechtspraxis die Rettung von Tieren im Brandfall möglich ist

5. die weitere Umstellung der Förderpolitik: Öffentliche Gelder kann es nur noch für mehr Tierwohl und einen gesellschaftlichen Mehrwert geben, etwa für Weidehaltung, ökologische Tierhaltung oder alternative Formen wie die mobile Freilandhaltung und -Schlachtung. Die Gelder sind da, sie müssen nur umverteilt werden.

6. Unterstützung der Initiativen auf Bundesebene für die Einführung einer Fleischkennzeichnung, zur Antibiotikareduzierung und für eine ambitionierte Nutztierstrategie zum Umbau der Tierhaltung hin zu tiergerechten Haltungsformen in ganz Deutschland

Begründung

Begründung

Wie gehen wir mit unseren Nutztieren um? Welche Art der Landwirtschaft wollen wir? Diese Fragen sind mit dem von uns unterstützten Volksbegehren gegen Massentierhaltung oben auf der politischen Agenda in Brandenburg angekommen. Die bisherigen Fortschritte, etwa gegen die Schweinemastanlage in Haßleben oder den Mega-Schlachthof von Wiesenhof in Königs Wusterhausen, machen Mut – zeigen aber auch, wie lang der Weg zu einer tiergerechten, ökologischen und fairen Landwirtschaftspolitik in Brandenburg noch ist. Für uns kann der Tierschutz nur der Anfang sein, der Anfang vom Ende der Massentierhaltung.

Unterstützer*innen

Benjamin Raschke, LAG Landwirtschaft; Jan Sommer, LAG Landwirtschaft; Henrike Rieken, LAG Landwirtschaft; Heike Volkmer, LAG Landwirtschaft; Johann Lütke Schwienhorst, LAG Landwirtschaft; Friedhelm von Mering, KV Barnim; Benjamin Perry, KV Potsdam Mittelmark; Prof. Dr. Franz Conraths, KV Ostprignitz- Ruppin; Marianne Frey, KV Teltow-Fläming; Joachim Hilburg, KV Potsdam-Mittelmark;

Martin Kühne, KV Cottbus; Clemens Rostock, KV Oder-Spree; Michael Luthardt, KV Barnim; Karsten Wundermann, KV Oberhavel; Sascha Maier, KV Uckermark